



Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Stadtrat	21.07.2021	öffentlich	Beschluss

Betreff:

**Gedenk- und Erinnerungskultur für die Opfer der Terrorgruppe „NSU“,
hier: - Antrag der Stadtratsfraktion der CSU v. 21.09.2020
- Antrag der Stadtratsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Grüne, Die Linke v. 30.11.2020**

Anlagen:

Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 21.09.2020
gemeins. Antrag der Stadtratsfraktionen der SPD, Grüne sowie der Stadtratsgruppe Die Linke vom 30.11.2020
Bericht
Offener Brief_Zivilgesellschaft

Sachverhalt (kurz):

Mit dem Urteilsspruch gegen die Hauptangeklagten der rechtsextremen Terrorgruppe "NSU" fand die juristische Aufarbeitung der rassistisch motivierten Verbrechen zwischen 2000 und 2007 einen vorläufigen Schlusspunkt.

Neben der gesamtgesellschaftlichen Aufarbeitung haben sich Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft auch der Frage zu stellen, welche Formen des Gedenkens der Dimension der Verbrechen, den Anliegen der Angehörigen und den Anforderungen an eine zeitgemäße, glaubwürdige und nachhaltige Erinnerungskultur gerecht werden können.

Die Vorlage skizziert die bisherigen Aktivitäten von Stadt und Zivilgesellschaft und stellt den weiteren Fahrplan vor.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

<u>Gesamtkosten</u>	40.000 €	<u>Folgekosten</u>	€ pro Jahr
		<input type="checkbox"/> dauerhaft	<input type="checkbox"/> nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	40.000 €	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Die Kostenschätzung beruht auf den Erfahrungswerten der bisher errichteten Gedenkorte und der Kostenkalkulation von SöR und H.

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)
 Ja
 Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
 Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
 Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

Rassismus richtet sich immer gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen und Minderheiten; deshalb ist die Unterstützung der Opfer und die Sensibilisierung der Zivilgesellschaft von immenser Bedeutung.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
- Ref. VI**
- 3. BM / SöR**
- Ref. I/II**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt dem vorgeschlagenen Vorgehen zur Gedenk- und Erinnerungskultur für die Opfer der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)“ zu.